

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1934

189 (26.4.1934) Morgenausgabe

Bezugspreis: Frei Haus monatlich 2.90 RM im Voraus, im Verlag oder in den Zweigstellen abgeholt 2.50 RM. Durch die Post bez. (einmal täglich) monatlich 2.10 RM zuzügl. 42 Pf. Zustellgeb. Einzelpreise: Werftags-Nummer 10 Pf. Sonntags-Nummer u. Feiertags-Nummer 15 Pf. Im Fall höherer Gewalt, Streik, Ausperrung usw. hat der Bezahler keine Ansprüche bei verspäteter oder Nichterhalten der Zeitung. Abbestellungen können nur jeweils bis zum 25. d. Mts. auf den Monats-Regien angenommen werden. Anzeigenpreise: Die 22 mm breite Millimeter-Zeile 10 Pf. Stellen-Gesuche und Angebote, Familien- und einpaltige Gelegenheits-Anzeigen von Privatpersonen ermäßigter Preis. Die 30 mm breite Millimeterzeile im Tertium 70 Pf. Bei Wiederholung tarifferter Rabatte, bei Mengenablässen nachfolgend nach Staffeln C, die Rabatte treten bei Konturlosen außer Kraft. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Karlsruhe i. B.

Badische Presse

und
Neue Badische Presse Handels-Zeitung Badische Landeszeitung

Badens große Heimatzeitung

Karlsruhe, Donnerstag, den 26. April 1934

Eigentum und Verlag von: **Herbert H. H. H. H.**
Herausgeber: **Herbert H. H. H.**
Redaktion: **Herbert H. H. H.**
Verlags- und Druckerei: **Herbert H. H. H.**
Karlruhe, **Herbert H. H. H.**

Bapen über den echten Staat.

Die Revolution noch nicht beendet / Sozialismus als Gefinnungsgemeinschaft / Europäische Neugestaltung aus der deutschen Revolution

Der Führer in Nürnberg - Kranke Wirtschaft - Deutsche Reiter an 2. Stelle in Nizza.

Dortmund, 25. April. Vizekanzler von Bapen sprach am Mittwochnachmittag im Dortmunder Industriellenklub. Seine Darlegungen gingen aus von der Feststellung, daß durch die Nachwirkungen der französischen Revolution und durch die Fortwirkungen des Marxismus die natürliche Voraussetzungen für einen organisch gewachsenen Staat gefallen sei. Ein neuer organisch aufgebaute Staat könne deshalb nur erreicht werden mit Hilfe des heutigen Staates; also nicht von unten wachsend, sondern von oben her entwickelt werden. In die Hände der Staatslenker von heute sei also die Aufgabe gelegt, anstelle des liberalen Staates wieder den echten Staat zu setzen, der wahre Herrschaft ist und alle Lebensgebiete zusammenfaßt und krönt.

Wenn der technische Vorkurs der deutschen Revolution beendet sei, wenn die Machtregierung durch ein neues geistiges Prinzip statgegründet habe, so könne doch von der Vollendung der eigentlichen Revolution, die auf geistigem und konstruktivem Gebiete stehe, noch nicht gesprochen werden. Hier handle es sich um einen langfristigen Wachstumsprozess, der die Hand des sorgsamlen Gärtners bedinge. Von der materiellen Betrachtung des Lebens wende sich die Welt wieder zur heroischen. Die heroische Auffassung suche das Leben in seinen harten Notwendigkeiten, in seinem Kampf, in der vom Schöpfer gegebenen mannigfaltigen Form der Gemeinschaft zu bejahen. Sie leugne keineswegs die notwendige Auseinandersetzung über das soziale Problem. Im Gegenteil, hier sei sie im besten Sinne revolutionär, indem sie entschlossen sei, die als falsch erkannte Form der Gesellschaft und Wirtschaft zu zerlegen, um an ihre Stelle wieder die organische Ordnung der Schöpfung zu setzen.

Klar sei, daß der deutsche Sozialismus mit staatlichen Mitteln allein nicht gemacht werden könne. Er laufe auf eine neue Gemeinschaftsgeinnung hinaus, die nur dann echt sei, wenn sie nicht erzwungen werde. Zwang als solcher werde zwar vom Staat gegen soziale Elemente immer wieder angewendet werden müssen, die eigentliche Staatsbürgerlichkeit und Volkssolidarität beruhe jedoch auf Freiwilligkeit. Wenn deshalb der deutsche Sozialismus häufig verstanden werde als die Schaffung und Anwendung staatssozialistischer Wirtschaftsformen, so scheine das ein Rückfall in liberal-marxistisches Denken.

Ob nun das Nationalvermögen die Form des Einzeligentums oder des Gesamteigentums annehme, immer werde die Tatsache bestehen bleiben, daß es wenige Röpfe sind, die darüber verfügen, und wenige Hände, welche die Röpfe führen. Eigentum, welches verantwortlich im Sinne der Volksgemeinschaft verwaltet wird, sei noch in den seltensten Fällen geneidet worden. Das persönliche Risiko auszuschalten, sei aber gerade die bürokratische Wirtschaftsweise, die gleichgültig, ob es sich um einen überbürokratisierten Privatbetrieb oder eine staatssozialistische Kriegsgesellschaft handle. Man müsse sich deshalb hüten, die Wirtschaft allzu stark zu vergesellschaftlichen, sei es auf privatem, sei es auf staatlichem Wege.

Das letzte Ziel der nationalsozialistischen Revolution auf ökonomischem Gebiet müsse die Schaffung eines kräftigen Wirtschaftskandes sein, der sich nicht nur selbst verwaltet, sondern auch unter der Patronanz des Staates sich die Wirtschaftsgleichgebung selber gebe.

In diesem Zusammenhang wandle sich der Redner gegen überflüssige horizontale Wirtschaftskräfte- und Preisbindungen. Wenn beispielsweise der Staat schließlich auch die Preise

überall regulieren wollte, dann würde durch die Ausschaltung des selbsttätigen Preismechanismus ohne Zweifel auch das Leistungsprinzip beseitigt.

In einer Zeit aber, wo man die unpersonlichen kollektivistischen Bindungen erlösen wolle durch freie selbstgewollte, müsse man vor allem auf die seelischen Urkräfte zurückgreifen, die allein solche Bindungen herzustellen vermögen. In deutschen Völkern werde gerade heute um diese Dinge heiß und ernst gerungen. Gerade wir Deutsche mühten uns aber dabei vor dem Erbfehler gegenseitigen Misstrauens, gegenseitiger Mißachtung hüten, die niemals verlebender wäre, als wenn wir diesem oder jenem die nationale Unverfälschtheit bescheinigen, auf die wir doch alle den selbstverständlichen Anspruch hätten. Der Redner kritisierte es in diesem Zusammenhang, daß Deutschen, die dem Verdegang der Deutschen Glaubensbewegung skeptisch gegenüberstehen, der Vorwurf der politischen Reaktion gemacht werde, und daß man den katholischen Bischöfen, die die bekennnistümlichen Grundlagen ihrer Kirche verteidigten, zum Vorwurf mache, sie trieben Zentrumspolitik. Seiner Ansicht nach fordere die große Zeit, in der wir leben, von allen, die im öffentlichen Leben stehen, auch eine größere, umfassendere und deshalb gerechtere Schau der geistigen Auseinandersetzungen, eine Schau, die dem deutschen Volksgenossen und seinem eruchten nationalen Willen und Kämpfen nicht leichtfertig den guten Glauben abspreche.

Schließlich beschäftigte sich der Redner noch mit der Tatsache, daß die verstärkte Betonung des politischen Primats dazu geführt habe, den nationalwirtschaftlichen Gedan-

ken mehr hervorzukehren als früher. Ob es eine Weltwirtschaft im Vortriebsinne noch geben werde, könne als fraglich gelten.

Es sei denkbar, daß der europäische Kontinent immer mehr in die Rolle des absoluten Selbstverzehrers hineingedrängt werde. Es bestche indessen kein Anlaß, diesen Vorgang künstlich zu beschleunigen, solange er Deutschland der Gefahr aussehe, daß dadurch der Lebensstandard des deutschen Volkes stark gedrosselt werde.

Die letzte Ursache der wirtschaftlichen Krisis unserer Zeit sei es wohl, daß die Wirtschaftsräume mit der technischen Entwicklung nicht Schritt gehalten hätten. Die Entfernungen seien durch die Fortschritte des Verkehrs klein geworden, die Wirtschaftsräume aber seien seit der Gründung des deutschen Zollvereins die gleichen geblieben, ja durch den Zerfall Oesterreich-Ungarns noch verkleinert. Die technisch-wirtschaftliche Entwicklung verlange eine Vergrößerung der Räume, der die Politik bisher nicht Rechnung getragen habe. Für die Zukunft des deutschen Volkes sei es entscheidend, bei den Neueregungen, die notwendig geworden seien, gebührend berücksichtigt zu werden. Die innere Voraussetzungen für dieses große europäische Spiel um die Neugestaltung sei geschaffen, indem das deutsche Volk sich auf sein Volkstum zurückziehen habe und heute ungefährdet denn je international - nicht international - denken dürfe. Aus der deutschen Revolution wolle so die europäische Neugestaltung, die wir in voller Verantwortung für das bedrohte Schicksal unseres Erdteils auf uns zu nehmen bereit seien.

Unordnung der Weltwirtschaft.

Mißverhältnis zwischen Absatz und Erzeugungsvermögen.

(Berlin, 25. April. In der Beiratsitzung der deutschen Gruppe der internationalen Handelskammer am Mittwoch führte der Präsident der deutschen Gruppe der Internationalen Handelskammer, Abraham Frowein, in seiner Eröffnungsansprache u. a. aus, daß es die eigentliche Aufgabe der Internationalen Handelskammer sein müsse, für die Praxis zu arbeiten. Ohne Stabilisierung der Währungen würden die Währungskämpfe und damit die Störungen in dem zwischenstaatlichen Warenverkehr nicht aufhören. Die Internationale Handelskammer und ihre deutsche Gruppe befände sich in dieser Auffassung in völliger Übereinstimmung mit der Reichsbank. Die deutsche Gruppe sei in der glücklichen Lage, eine Regierung zu besitzen, zu der das gesamte Volk mit gläubigem Vertrauen aufschau. Sie stelle sich in den Dienst dieser Regierung und habe nur einen Wunsch, daß auch in der übrigen Welt die Atmosphäre des Vertrauens sich immer weiter ausbreiten möge.

Der Präsident der Internationalen Handelskammer, S. H. Jentener van Bliffingen, betonte die Notwendigkeit eines normalen wirtschaftlichen Verkehrs zwischen den Völkern, der nicht möglich sei, ohne daß eine Stabilisierung der Währungen und eine Regelung der Verschuldung stattgefunden habe. Wo es jetzt allmählich Sitt geworden sei, daß die Regierungen gegenseitig mit Ein- und Ausfuhrkontingenten feilschten, Waren gegen Waren tauschten, der Kaufmann aber zum Beamten gemacht werde, müsse man sich wohl fragen, ob es nicht besser gewesen wäre, wenn die Erzeuger sich rechtzeitig um Vandalen verständigt hätten über gewisse Beschränkungen, die jeder sich hätte auferlegen müssen, um zu gesünderen Absatzverhältnissen zu gelangen, und ob man nicht noch nachträglich diesen vielleicht richtigeren Weg beschreiten könne. Die lebenswichtigen wirtschaftlichen Belange der verschiedenen Länder seien nun einmal ganz verschieden, und es wäre töricht, nicht einsehen zu wollen, daß die wirtschaftliche Not unserer Zeit die Regierungen in vielen Fällen, um einer Vermeidung wichtiger Erwerbszweige vorzubeugen, zum Eingreifen zwingt. Die Internationale Handelskammer werde ihre Aufgaben darin suchen müssen, durch praktische Vorschläge eine allmähliche Ausdehnung des internationalen Güterausstausches zu ermöglichen. Auch das neue Deutschland spreche offen aus, daß die Wohlfahrt der Welt einen Güterausstausch zwischen den Völkern, der gepflegt und gefördert werden müsse, erfordere.

Nach der Eröffnungsrede des Präsidenten der deutschen Gruppe nahm zunächst der Führer der deutschen Wirtschaft, Direktor Kessler, das Wort, wobei er folgende bemerkenswerte Ausführungen machte: Wenn man den Versuch macht, die Schwierigkeiten der Wirtschaft auf einen Nenner zu bringen, so ist festzustellen, daß das Volumen des Absatzes in einem Mißverhältnis zu der Produktionskapazität, dem Erzeugungsvermögen, steht. Allein, wenn man eine Ordnung der Dinge vornehmen will, so muß man den Mut haben, die Gründe der Unordnung zu erkennen. Die Verantwortung der Frage, was ein Land erzeugen soll, muß Rücklicht nehmen auf die natürlichen Gegebenheiten, denn die Natur der Dinge läßt sich auf die Dauer nicht mißbrauchen. Die Länder, welche zum Beispiel von der Natur mit reichen Rohstoffvorkommen, z. B. Baumwolle, Kupfer, Eisen, Öl und anderem mehr ausgestattet sind, dürfen künftig nicht verlangen, daß sie auf die Dauer diese Rohstoffe nur abgeben können, wenn sie den Gegenwert in Waren annehmen. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die mangelnde Stabilität der Währung und die Knappheit an Devisen. Manche Länder sind gezwungen, ihr Ziel über den Tauschweg zu zwingen, zu breiten oder zu zwingen, womit ich nicht gelagt haben möchte, daß die Ordnung des Geld- und Kreditverkehrs ebenso wie die Schuldenfrage hinausgeschoben werden darf.

Da alle Bestrebungen nach Ordnung der Weltwirtschaft in gemeinamer Arbeit bislang zu keinem oder nur zu ganz unbefriedigendem Erfolg geführt haben, hat die deutsche Wirtschaft begonnen, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln, unterstützt von den Maßnahmen der Regierung die Nationalwirtschaft selbst in Ordnung zu bringen.

Gleichzeitig reicht die deutsche Wirtschaft, den gegebenen Voraussetzungen entsprechend, anderen Ländern die wirtschaftliche Hand. Diesen müssen wir mit Eindringlichkeit sagen, daß es gelingen muß, unseren Export wieder zu heben, weil damit die deutsche Wirtschaft in den Stand gesetzt wird, Rohstoffe und Waren des Auslandes in entsprechender Menge und auf die Dauer aufzunehmen. Nur an einer Stelle darf man an diesen Überlegungen bewußt eine Ausnahme machen, nämlich in der Frage der Ernährung; denn den notwendigen Bedarf für die Ernährung des eigenen Volkes durch Erzeugung im Lande sicherzustellen, ist eine

Das Drama von Waltershausen

Wer hat Hauptmann Werther ermordet? / Das Rätsel bleibt auch nach dem Freispruch.

m. Berlin, 25. April. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Es ist schon wahr, daß das Leben selbst die besten Kriminalromane schreibt: Ein so graufiges Drama, wie es sich auf dem Schloß Waltershausen abgespielt hat, hätte in seinen Verwicklungen und Problemen selbst die Phantasie eines Wallace nicht erfinden können. Das Schwurgericht in Schweinfurt hatte sich in einer eingehenden Beweisaufnahme bemüht, den Geheimnissen auf den Grund zu kommen. Vergebens, das Rätsel um den Mord an dem Hauptmann Werther ist nur noch dunkler geworden. Er selbst ist eine Sicherheit nicht einwandfreie Persönlichkeit. Es ist festzustellen, daß er mit schlichtem Absicht entlassen wurde, daß das Vermögen seiner Frau ihm durch die Finger glitt und daß er vor seiner Ermordung am finanziellen Zusammenbruch war. Es ist festzustellen, daß er alles andere eher als ein guter Gatte gewesen ist.

Aber damit ist man der Kernfrage, wer ihn ermordet haben kann, nicht um einen Schritt näher gekommen. Man weiß auch jetzt noch nicht genau, was sich in der Mordnacht abgespielt hat. Die Ehefrau, der einzig überlebende Zeuge, durch fünf Schüsse schwer verwundet, beschuldigte den Diener, den sie erkannt haben will. Er selbst leugnete. Eine Reihe von Indizien sprechen gegen ihn, die Sachverständigen stellen fest, daß die tödlichen Schüsse aus dem Revolver abgefeuert sind, den der Diener sich kurz vorher gekauft hat. Aber es bleibt die Möglichkeit offen, daß ihm die Schußwaffe weggenommen und noch in der Nacht wieder in sein Zimmer eingeschmuggelt wurde. Der Diener wird trotzdem verhaftet und später wieder freigelassen. Dann wird die Frau verhaftet, aber auch sie muß wieder freigelassen werden. Schließlich erzwingt der Verteidiger des Dieners eine öffentliche Anklage, so daß wir das eigenartige Schauspiel erleben, daß ein des Mordes Beschuldigter auf seinen eigenen Antrag hin angeklagt wird, und daß er auch während der Verhandlungen auf freiem Fuße bleibt. Das Gericht hat ihn nach kurzer Beratung freigesprochen, obwohl der Staatsanwalt auf Totschlag plädierte, aber gleichzeitig auch hinzugefügt, daß eine Reihe von

Verdachtsmomenten gegen ihn bestehen, daß aber außerdem auch die Frau des Ermordeten nicht unverdächtig ist.

Der Kreis der Personen, die als Schuldige in Frage kommen könnten, ist an sich nicht groß. Der Stiefsohn nach von Berlin aus ein schlüssiges Alibi nachweisen, ebenso ein früherer Diener, der unter merkwürdigen Umständen entlassen war, aber trotzdem seine Beziehungen zur Familie aufrechterhielt. Wenn man also nicht annehmen will, daß ein vollkommen Unbekannter der Täter ist, - und auch das ist unwahrscheinlich, weil schwer zu verstehen ist, wie er in das Wohnzimmer hinein und von da wieder hinauskommen konnte - bleibt die Wölke auch weiterhin über dem jetzt freigesprochenen Diener und der Witwe hängen. Bei dem Diener fehlt jeder Schatten eines Grundes, während für die Frau immerhin einige Gründe sich konstruieren lassen. Aber auch sie sind alles andere als durchschlagend. Und daß sie sich in ihren Aussagen widerprochen hat? Du lieber Gott, die Kernprobe dieser einen Nacht ist so gewaltig, daß daran stärkere Naturen, als es diese Frau ist, sich zerreiben können. Das Fragezeichen also bleibt bestehen. Und wenn man die Akten über das blutige Geheimnis nicht schließen will, dann bleibt der Polizei nichts anderes übrig, als noch einmal von vorne anzufangen.

Berliner Zeitungssterben.

m. Berlin, 25. April. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Die „Deutsche Tageszeitung“, die als Organ des Bundes der Landwirte und früher des Reichslandbundes viele Jahre lang eine ausschlaggebende Rolle im Berliner Zeitungsleben einnahm, wird, wie die „Berliner Börsen-Zeitung“ mitteilt, am 30. April ihr Erscheinen einstellen. Den Beziehern wird dann ein Monat lang die „Berliner Börsen-Zeitung“ zugestellt. Von der Möglichkeit des Eingehens der „Deutschen Tageszeitung“ war schon seit Wochen die Rede. Es scheint, als ob damit das Berliner Zeitungssterben aber noch nicht zu Ende ist.

Lebensnotwendigen und dem, was der Lebensstandard eines zivilisierten Volkes verbraucht, liegen große Möglichkeiten für den Handelsverkehr.

Allein in dem Spielraum zwischen dem für die Ernährung lebensnotwendigen und dem, was der Lebensstandard eines zivilisierten Volkes verbraucht, liegen große Möglichkeiten für den Handelsverkehr.

Dr. Schacht zum Transferproblem

DNB. Berlin, 25. April. Reichsbankpräsident Dr. Schacht stellte einer Wochenchau Ausführungen zum Transferproblem zur Verfügung, in denen er u. a. ausführte: Tatsache ist, daß jeder deutsche Schuldner in deutscher Währung seine Zinsen und Fälligkeiten in die Konversionskasse prompt entrichtet, so daß keine Verzögerung bei der Zahlungsunfähigkeit seitens des einzelnen Schuldners vorliegt.

Die Folge aller dieser Dinge ist die derzeitige Unmöglichkeit, den Transfer der deutschen Schulden in fremder Valuta zu bewerkstelligen. Abhilfe kann nur von zwei Seiten kommen.

Die Mitgliedschaft bei SA. I und NSDAP.

* Berlin, 25. April. Das Presseamt der Obersten SA-Führung teilt mit: In verschiedenen Landesteilen sind Unklarheiten hinsichtlich der Frage der Mitgliedschaft zum NS-Frontkämpferbund bzw. zur SA. I aufgetreten.

Wo ist der Genter Altarflügel?

Auch der Domeinbruch dient zur Deutschenhege.

m. Berlin, 25. April. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Der Diebstahl des berühmten Genter Altarbildes spielt jetzt auch nach Deutschland herüber.

Wenn so der Zweck die Mittel heiligt, dem kann nichts willkommener sein, als diesen Zusammenhang zu einer soliden Deutschenhege zu benutzen.

Es ist möglich, daß er seine Finger im Spiele hat, aber es ist doch mehr als unwahrscheinlich, daß das Bild irgendwo nach Deutschland gekommen sein sollte.

wohl nur in den Ländern vorhanden, die noch über einen alten soliden Reichtum verfügen.

Baterner Mörder verübt Selbstmord.

1. Bern, 25. April. Eine furchtbare Bluttat spielte sich am Dienstag in dem Hofelort Winttrich ab.

Das Loch Neg-ungeheuer ein Schwerwal.

* Berlin, 25. April. Im Berliner Volksparkgelände beschäftigt sich Geheimrat Professor Dr. Ludwig Heed, früher Direktor des Berliner Zoologischen Gartens, mit dem Ungeheuer von Loch Neg.

Schweiz siegt in Nizza vor Deutschland.

Nizza, 25. April. Der heutige Tag brachte mit dem Grossen Preis der Nationen den Höhepunkt der reitersportlichen Veranstaltungen.

Sowjetrußland lehnt die Schwedenanleihe ab.

DNB. Moskau, 25. April. Das Präsidium des Zentralerekutivkomitees der Sowjetunion hat die Ratifizierung des Abkommens über die Schweden-Anleihe abgelehnt.

Tages-Anzeiger.

(Meheres siehe im Anzeigenenteil.)
Donnerstag, 26. April 1934:
Staatstheater: Samlet, Brinn von Dänemark. 19.30-22 Uhr.

Hitler am Grabe des Miststreiters.

* Nürnberg, 25. April. Der Führer nahm am Mittwoch an der Beisetzung eines der ältesten und treuesten Mitglieder der NSDAP, des Schneidermeyers Heinrichs in Nürnberg, teil.

Mitgliedern der NSDAP vorangegangen. Der Führer hat ihn im Laufe der Jahre bei Besuchen in Nürnberg des öfteren aufgesucht.

Beischwingtheit - Beherrschung!

Zur Reform der körperlichen Erziehung. - Von Dr. Rudolf Bode.

Dr. Rudolf Bode, der Reichsleiter für Tanz und Gymnastik, zählt zu den ersten Führern in der Gymnastikbewegung.



Dr. Rudolf Bode.

Die immer notwendiger werdende Neugestaltung der Leibeserziehung kann nur ein Teil jenes Wandlungsvorganges sein, der heute die gesamte Pädagogik ergriffen hat.

Aufgabe der Erziehung ist, diese beiden Grundkräfte deutschen Wesens in ein spielerisches Gleichgewicht zu bringen.

mit dem Geistigen paart. Die Leibeserziehung kann ihre Aufgabe als Fundament geistiger Kultur nur dann erfüllen, wenn sie das Doppelmoment alles kulturellen Geschehens begreift.

Erste Aufgabe der Leibeserziehung ist die Beherrschung des bewegten Körpers im Raum, das heißt die Fähigkeit, jederzeit die Stützkräfte des Körpers in die gewollte oder verlangte Richtung (sei es mit oder ohne Gerät) einleiten zu können.

Zweite Aufgabe der Leibeserziehung ist die Beherrschung des bewegten Körpers in der Zeit. Sie ruht auf der Ausbildung und Kräftigung des geistigen Vorstellungsvermögens für den Ablauf zeitlich geformter Bewegung.

Auch das einfachste Volkstied ist nur dann rhythmisch einwandfrei wiederzugeben, wenn jeder Ton von Anfang an nur Teil eines Totalbildes des gesamten Verlaufs ist und nur aus diesem Totalbild heraus seine besondere Form in Hinsicht auf Klang und Dynamik erhält.

Leistlicher Kräfte vermag sich das Gefühl für die Zusammengehörigkeit des Volksgenossen zu kräftigen und nur aus einer richtig geleiteten Körpererziehung allein vermag eine kommende deutsche Kultur zu erwachen.

Karlsruher Vorträge:

Musik und Musikerziehung im neuen Staat.

Ueber dieses Thema sprach am Dienstagabend vor einer zahlreichen Zuhörerschaft in der Badischen Hochschule für Musik nach Begrüßungsworten durch den Führer der Studentenschaft Peter König Professor Dr. Heinrich Bessler von der Universität Heidelberg.

Professor Dr. Bessler ging dann näher auf die Vorläufer des deutschen Umbruchs auf musikalischem Gebiet ein, erwähnte den deutschen Wanderorganist, der das Lied als die Ursprache des einfachen Menschen entdeckte und in der Laienmusikbewegung eine Fortsetzung fand.

In seinen weiteren Ausführungen erörterte Professor Dr. Bessler die Frage, wie heute der Mensch zur Musik und zur Kunst erzogen werden soll und setzte sich dabei für Ernst Riessens musikalische Erziehung ein.

Zum Schluß kritisierte der Redner noch kurz das Problem der Musikschulen. Im Musiklehrer der Zukunft sieht er in erster Linie den Musikführer.

Das Schlupfkapitel zum Fall Zwinger.

Der Komplize des Doppelmörders bei den Beutezügen im Hardtwald vor Gericht. Der Fall des Doppelmörders Franz Zwinger aus Karlsruhe hatte ein zweites Nachspiel vor dem Schöffengericht. Wie erinnerlich, führte die Kriminalpolizei unter Leitung des Kriminaloberinspektors Heiß in der Frühe des 4. Oktober 1933 eine großangelegte Razzia im Hardtwald durch, da man annahm, daß eine organisierte Diebesgesellschaft dort seit Wochen ihr Unwesen trieb. Es erfolgte eine abschnittsweise Durchsuchung des ganzen Gebietes. Kriminalkommissar Rumpf war mit noch drei Beamten im Abschnitt Jagengarten auf der Suche. Beim Pavillon im Jagengarten stellten sie Zwinger und seinen Komplizen Alfred Ott. Zwinger gab drei Schüsse ab, durch die Kriminalkommissar Rumpf getötet und der Kriminalassistent Kuch verletzt wurde. Während Ott festgenommen werden konnte, vermochte der Mörder Zwinger in der Dunkelheit zu entfliehen. Am 23. Januar konnte Zwinger, der sterblich verlorft wurde, bei dem laarländischen Orte Merxweiler von der Polizei gestellt werden. Zwinger hielt sich in der Wohnbarade einer einjam gelegenen Waldwirtschaft zum alten Stagerhaus auf. Ein fünf Mann starkes Landjägerkommando umgingelte die Barade. Einer der Beamten drang in das Haus ein und stellte den mit einer Pistole bewaffneten Verbrecher. Als Zwinger auf die Aufforderung, sich zu ergeben, eine drohende Haltung einnahm, gab der Beamte einen Schuß ab, der aber sein Ziel verfehlte. Im gleichen Augenblick sprang Zwinger aus dem Fenster. Als er auf der Straße den Landjäger Weisgerber stehen sah, gab er auf diesen einen Schuß ab, durch den der Beamte schwer verletzt wurde. Der Beamte erlag alsbald den schweren Verletzungen. Drei Tage später, am 26. Januar, wurde der Doppelmörder auf der Hauptstraße von Mingen an der Saar von Kriminalbeamten gestellt. Zwinger zog sofort die Pistole und gab mehrere Schüsse auf die Beamten ab, ohne jemanden zu treffen. Die Kriminalbeamten machten daraufhin von ihren Waffen Gebrauch und erschossen Zwinger.

Am 31. Januar fanden Zwingers Helfershelfer vor dem Schöffengericht, welches gegen die Angeklagten empfindliche Gefängnis- und Zuchthausstrafen aussprach. Auch seine Helfer im Saargebiet, die dem Verbrecher Beistand geleistet hatten, wurden vor dem 3. Saarbrücker Strafkammer zur Rechenhaft gezogen. Das dortige Gericht verurteilte den Bergmann Nitolaus Schmidt, der Zwinger eine Pistole überlassen hatte, zu einem Jahr Gefängnis und den Bergmann Karl Jenz zu neun Monaten Gefängnis; deren Ehefrauen erhielten je drei Monate Gefängnis. Der Angeklagte Ott ist wegen Diebstahls im wiederholten Rückfall und Scherle — mindestens bei einem der nächtlichen Raubzüge Zwingers — angeklagt. Er war im Hardtwaldgebiet beteiligt. Die Einträge wurden in der Zeit vom Sommer bis Herbst vorigen Jahres verübt. Auf dem Richterisch befinden sich als Ueberführungsstücke Teile der Diebesbeute, Blechbüchsen, in denen sich die Lebensmittel befanden, die zwei gekohlten Wolldecken, ein Koffer, mehrere Schachteln und der Kanonenschlag. Das Schöffengericht verurteilte den Angeklagten Ott wegen zweier Verbrechen des erschweren und einfachen Diebstahls im wiederholten Rückfall, sowie fünf Vergehen der Scherle zu einer Gesamtzuchthausstrafe von vier Jahren, sowie fünf Jahren Ehrverlust. Zugleich wurde auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht erkannt.

Die Mannheimer Juwelenträuber in Sicherungsverwahrung.

Mannheim, 25. April. Die Große Strafkammer verhängte am Dienstag über die beiden Verbrecher, die im August 1933 den schweren Einbruch bei dem hiesigen Juwelier Fesemeyer verübten, die Sicherungsverwahrung. Es handelt sich um den Richard Arnold aus Berlin, der 1. Jt. 12 Jahre Zuchthaus, und Franz Lehne aus Hohenjohannhausen, der 15 Jahre Zuchthaus erhalten hatte. Arnold ist bereits viermal, Lehne in acht Fällen vorbestraft.

Kehl, 25. April. (Rauschgiftschmuggel.) Hier wurden ein Techniker aus Siering (Oesterreich), ein Autohändler aus Baden-Baden, ein Kaufmann aus Mienheim und ein ehemaliger Wirt aus Kehl wegen Verdachts des Rauschgiftschmuggels festgenommen.

Die Badenfahrt des Reichssportführers.

Dem Reichssportführer von Eschammer und Otten war es am Mittwoch wegen des ausgedehnten Programms nicht möglich, der Führerschule in Ettlingen einen Besuch abzustatten. Dies soll zu einem späteren Zeitpunkt nachgeholt werden. Herr von Eschammer und Otten und seine Begleiter machten auf der Weiterfahrt in Rastatt Halt, wo im Schloßhofe Begrüßung durch den Bürgermeister Pa. Dr. Fees, den Ortsgruppenleiter Kalmbacher und dem Landrat Tritschler stattfand. Außerdem waren die Vertreter der Turn- und Sportvereine anwesend. Es erfolgte eine Besichtigung des Schlosses. Nach einer kurzen Ansprache mit den Jugendärzten Dr. Großmann und Dr. Stöckl über Fragen des Nachwuchses innerhalb der Sportvereine begab sich der Reichssportführer mit dem Ministerialrat Kraft, dem Fußballanführer Linnenbach und anderen Herren nach dem Rennplatz Hiesheim, wo die Gäste von Herrn Santel begrüßt und über die Belange dieses internationalen Platzes unterrichtet wurden. Nach einem kurzen Besuch der Benzenwerte in Gaggenau fuhr man nach Baden-Baden weiter. Sie begaben sich direkt im Auto in das Kurhaus. Dort wurden sie von Vertretern der Stadt, der Kur- und Wälderverwaltung und den Leitern der Baden-Badener Sportvereine begrüßt. Nach einer kurzen Ansprache, die der Reichssportführer im Gobelssaale des Kurhauses hielt, frühstückten die Herren dort und nahmen darnach eine Besichtigung der sportlichen Anlagen von Baden-Baden vor. Darauf fuhr der Reichssportführer nach Offenburg und Freiburg weiter.

Lörrach erwartet den Reichskathhaller.

Lörrach, 25. April. Das 100jährige Geschäftsjubiläum der Bezirksparlatte Lörrach am Freitag, den 4. Mai, wird für die gesamte Südwesende nach außen dadurch noch eine besondere Bedeutung erlangen, als sowohl Reichskathhaller Robert Wagner wie auch Innenminister Pflaume ihr Erscheinen zu dieser Feier zugesagt haben. Wie bereits gemeldet, wird der Badische Sparfassen- und Giroverband in Mannheim seine 18. Hauptversammlung mit diesem Jubiläum vereinigen, so daß Lörrach in der kommenden Woche eine ganze Anzahl führender Männer aus dem badischen Finanz- und Wirtschaftsleben begrüßen kann. Der Jubiläumsveranstaltung am Freitag vormittag geht am Donnerstag abend ein festlicher Begrüßungsabend im Großen Hirschenaal voraus.

Das Gelöbniß der Vertrauensräte.

Zur Vermeidung unnötiger Rückfragen beim Treuhänder der Arbeit gibt er bekannt, daß das gemäß § 10 des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit von den Mitgliedern des Vertrauensrates vor der Belegschaft abzulegende Gelöbniß folgenden Wortlaut hat:

Als Mitglied des Vertrauensrates lege ich das feierliche Gelöbniß ab, daß ich in meiner Amtsführung nur dem Wohle des Betriebes und der Gemeinschaft aller Volksgenossen, unter Zurückstellung eigenmütiger Interessen dienen, und in meiner Lebensführung und Dienstleistung den Betriebsangehörigen Vorbild sein werde.

Bilderbogen aus St. Georgen.

Schwarzwaldfrühling in der „Stadt auf dem Berge“.

ul. St. Georgen i. Schw., 25. April. Der Frühling hat auch in der „Stadt auf dem Berge“ Einzug gehalten, wenngleich er hier nicht die Pracht entfaltet, wie in den tiefer gelegenen Landesteilen. Die heißen Tage um die Aprilmitte haben uns in jeder Beziehung gut getan, einmal ist es allenthalben in der Natur herrlich grün geworden, zum andern konnten sich die Menschen einmal wohl in der Sonne rädeln. 29 Grad im Schatten und 40 Grad in der Sonne sind für den Schwarzwälder wahrlich eine besondere Gabe Gottes. So brachten denn auch diese herrlichen warmen Tage einige Erscheinungen auf den Plan, die um diese Jahreszeit zu den größten Seltenheiten gehören. Die Kinder ließen barfuß auf der Straße, jüngere Damen gingen in Sommerkleidern aus, dem Austräger der „Badischen Presse“ machte es so warm den Berg herauf, daß er am zweiten Tag im Strohhut erschien. Doch damit nicht genug. Das eigentliche sommerliche Gepräge erhielt das Straßensbild durch den Eisverkäufer, der seine Ware sicher noch nie im April anbieten konnte. Und im Strandbad hat der deutsche Steimer der Altersklasse III, Adde, ein allseits erprobter Sportsmann, die Schwimm- und Badefolge eröffnet. Begünstigt durch die trockene Witterung konnten einige Erwerbslose Arbeit erhalten bei Straßenbauten und ähnlichen Unternehmungen wie Brigadkorrektur, Verbesserung in Strandbad usw. Man ist auch hier eifrig bemüht, Arbeit zu schaffen. Der Verkehrsverein hielt seine Hauptversammlung ab, der großes Interesse entgegengebracht wurde, was sich in dem zahlreichen Mitgliederbesuch betündete. Mit Befriedigung konnte man auf das vergangene Jahr zurückblicken und hofft, daß auch in diesem Jahre St. Georgen viel besucht werden möge. Erfreulicherweise sind eine kleine Anzahl Kurgäste bereits anwesend. Im Laufe des Monats Mai werden etwa 250 bis 300 Arbeiter eines Urlaubszuges „Kraft durch Freude“ unsere Bergstadt und deren schöne Umgebung kennen lernen in einem zehntägigen Aufenthalt. Man wird alles daransetzen, diesen Arbeitsmenschen den Aufenthalt so angenehm wie möglich zu machen. Mit großer Spannung sah man dem Frühjahrskonzert des Männergesangsvereins „Sängerbund“ unter seiner neuen Leitung von Musikdirektor F. W. Karl, Schmenningen, entgegen, das unter dem Motto stand: „Im neuen Reich, ein

neues Lied“. Es wirkten mit: Frau Elisa Keller, Konzertfängerin, Stuttgart (Alt), H. Maihöfer, Schmenningen (am Flügel), J. Maier und E. Bär, Stadtmusik Schmenningen (1. und 2. Horn), G. Breithaupt, St. Georgen (Klarinette), der Männerchor des Vereins und ein Kinderchor. Der erste Teil des Programms — aus Natur und Menschenleben — brachte die beiden Männerchöre „Das Meer“ von Nicodée und „Ostian“ von Besantini. Dann Lieber für Alt „Mainacht“ und „Von ewiger Liebe“, beide von J. Brahms. Es folgte ein altheimisches Liederspiel für Männerchor, komponiert von F. W. Karl, dem Dirigenten des „Sängerbunds“, bestehend aus „Wächterlied“ mit 2 Hörnern, „Alter Johannisreigen“ mit Klarinette und „Landsknechtlied“ mit Schlagzeug. Den Abschluß des ersten Teils bildete die Rhapsodie (aus Goethes Harzreise) von J. Brahms für Altflöte, Männerchor und Klavier. Der zweite Teil des Programms — das neue Deutschland — enthielt wiederum eine Reihe von eigenen Kompositionen des Dirigenten, darunter eine Uraufführung „Volk aus Gewehr“, bearbeitet für Männer- und Kinderchor mit Instrumenten. Das „Lied des Glöckners“ von H. Kaun für Altflöte, Männerchor, Klavier und Instrumente bildete den Schluß des gutbesuchten Konzerts. Alle Mitwirkenden boten ihr Bestes, Frau Keller verfügt über eine schöne, langreichende Stimme, und Herr Karl entpuppte sich als ein tüchtiger Dirigent und sehr begabter Komponist, der ja auch auf der Lörracher Sängerwoche kein Unbekannter ist. Der zweite Programmteil war so angeordnet, daß zwischen jedem Werk von einem SA-Mann verbindende Worte gesprochen wurden (Texte von Balbur von Schirach), die sich sehr gut in das Ganze einordneten. Leider war der Sprecher hierfür nicht der geeignete Mann. Die ganze Veranstaltung bot in ihrer Art etwas Neues, das gewiß als künstlerisch bezeichnet werden darf, aber eines wurde vermifst, und das war das Volkstümliche und die heitere Seite des deutschen Liedes. Wozu denn diese vielen Chöre mit allerlei Begleitung? Keine Männerchöre brachte das ganze Konzert ja nur zwei. In seiner von allen Sängern begeistert aufgenommenen Rede betonte der Bundesführer des Badischen Sängerbundes, Dr. Rathmann, anläßlich der Sängertagung in Biffingen (November 1933), daß das Volkstümliche bei allen Konzerten in den Vordergrund gestellt werden müsse, um dem schönen deutschen Volkslied wieder Geltung zu verschaffen. Es wurde damals gesagt, daß dies nicht nur für die kleinen Vereine maßgebend sein soll, womit andererseits auch nicht gesagt sein soll, daß die Kunstchöre ganz verschwinden sollen. Vielleicht weiß der „Sängerbund“ diese wohlgemeinten Worte bei seinem Herbstkonzert zu beherzigen.

Glockengießer und Orgelbauer in Not.

Gloden haben ihre Geschichte. Viele Jahre, ja, Jahrhunderte lang, hängen sie oben in den Kirchtürmen und lassen ihre volle, zwerchförmige Stimme ertönen. Gloden gibt es, die haben Kriege mitgemacht, Gloden, die wie ein Schatz gehütet werden, Gloden, die der Freude der Bevölkerung sind. Alles Kulturgut, das nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Wird es aber auch so eingeschätzt? Auf einer Tagung des Reichsverbandes für Orgel- und Glodenwesen wurde die große wirtschaftliche Not offenbar, in der jene Menschen leben, die Orgeln bauen und Gloden gießen. Nur mit Mühe werden die Betriebe aufrecht erhalten, in denen die Orgelbauer und Glodengießer, meist erfahrene Spezialisten, arbeiten. Ihre Kraft liegt brach. Dabei gäbe es soviel für sie zu tun! Alte Orgeln, Meisterwerke, drohen zu zerfallen; die Erneuerungsarbeiten können nicht ausgeführt werden, weil die genügenden Mittel dazu fehlen. Und mit den Gloden ist es genau so. Viele von ihnen befinden sich in einem Zustande, der jeder Beschreibung spottet. Trotzdem aber haben die Glodengießer und die Orgelbauer keine Arbeit? Die Tagung des Reichsverbandes für Orgel- und Glodenwesen klang in dem Wunsche aus, daß diesem Zustande abgeholfen werde.

Vom Auto angefahren.

Hilzingen (Amt Engen), 25. April. Als der Gartenwärtler Straub die Brücke vor dem Rathaus in Hilzingen überquerte, sprang plötzlich von einem vorüberfahrenden Auto das rechte Vorderrad ab. Der Kraftwagen fuhr auf Straub auf, der eine Gehirnerschütterung, eine schwere Kopfverletzung und einen doppelten Armbruch erlitt. Der Kraftwagenführer kam mit dem Schrecken davon. Der Verunglückte wurde ins Krankenhaus eingeliefert.

Vom Scheunenboden gestürzt.

Bamberg (Amt Ueberlingen), 25. April. Landwirt Döbler wollte für sein Vieh Futter vom Heustock herunterwerfen. Er brach durch den Boden und stürzte auf den Scheunenboden hinab. Dabei hat schwere innere Quetschungen erlitten.

Lörrach, 25. April. (Unfall.)

Am Montag nachmittag war in der hiesigen Baumollmanufaktur in Lörrach der elektrische Strom in einer Abteilung für einige Minuten ausgeschaltet worden. Beim Wiedereinschalten setzte sich eine nicht außer Betrieb gekelte Maschine automatisch in Bewegung. Dabei wurde der 24jährige Arbeiter Alfred Kreiner von Tumringen durch eine Rurabelle so heftig am rechten Schienbein getroffen, daß er mit erheblichen Verletzungen ins Lörracher Krankenhaus überführt werden mußte.

Spargelmärkte vom 25. April.

Schweinauen: Zufuhren: 40-45 Str.; Preise: 1. Sorte 85-88, häufigster Preis 85, 2. Sorte 20-25, häufigster Preis 20, 3. Sorte 15; Marktverlauf langsam. Guben: Zufuhren: etwa 30 Zentner; Preise: 1. Sorte 45, 2. Sorte 30, 3. Sorte 15; Marktverlauf gut, langsam. Goggenlein: Zufuhren: 25-30 Zentner; Preise: 1. Sorte 40, 2. Sorte 30, 3. Sorte 15. Anielingen: Preise: 1. Sorte 45-50, 2. Sorte 30-35, 3. Sorte 20; Marktverlauf lebhaft. Eisenhahn, 25. April. Der Markt am 24. April war mit fünf Zentner befrachtet. Die ganze Zufuhr wurde verkauft. Durchschnittspreis: 1. Sorte 40, 2. Sorte 30-35 Pfg.

Die Weltmeister des Schachs in Pforzheim.

Die neunte Partie hat begonnen.

Pforzheim, 25. April. Von Freiburg kommend sind die Kämpfer um die Schachweltmeisterschaft am Dienstag in Pforzheim eingetroffen. Um die Mittagsstunden wurde hier der Reichssportführer von Eschammer und Otten erwartet, der von Bretten kommend um 1/2 Uhr hier ankam. In seiner Begleitung befand sich der Sportbeauftragte des Gauess Baden, Ministerialrat Herbert Kraft, dem bekanntlich das Verdienst gebührt, den Schachweltmeisterschaftskampf zustande gebracht zu haben. Bei der Gelegenheit begrüßte der Reichssportführer die beiden Meister mit herzlichen Worten und wünschte den Kämpfern besten Verlauf. Am Abend fand im Hotel Ruf der Begrüßungsabend statt. Oberbürgermeister Dr. Kurz gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß es möglich war, die zwei Partien des gewaltigen Ringens nach Pforzheim zu bringen. Er überreichte der Frau des Weltmeisters zum Gruß ein geschmackvolles Blumengebilde, den Meistern wünschte er guten Erfolg und Erholung in der Vorste des Schwarzwaldes. Die Kämpfer bedankten sich mit herzlichen Worten, wobei zu erwähnen ist, daß Dr. Aljechin erklärte, er habe die Idee des Schachs als Kulturmittel für alle Völker. Er sieht keinen anderen Weg zum Weltfrieden, als daß alle Nationen einsehen möchten, daß nur friedliche Zusammenarbeit aller das Glück der gesamten

Menschheit garantieren könne. Er gab auch zu verstehen, daß er noch immer an seinem Vaterland, Rußland, hänge, dessen Neugeburt er mit vollem Herzen herbeisehne. Der Leiter des Pforzheimer Schachklubs überreichte sodann als Ehrengabe den Meistern zwei goldene Armbänder, die aus den Reiben der Mitglieder gefertigt worden waren. Dem Leiter des Bad. Schachverbandes wurde in Abwesenheit eine Sonderfertigung einer Schreibmaschine mit Schachfiguren übergeben, die ein Meisterwerk Pforzheimer Kunst darstellt. In Vertretung des Ministerialrats Kraft dankte Herr Bergmann vom Badischen Schachverband für das geselehte Entgegenkommen und überbrachte die Grüße des Verbandesleiters, der leiber infolge anderweitiger Ansprüche die Eröffnung des Weltkampfabchnittes Pforzheim nicht anwohnen konnte. Er schloß mit einem Siegesheiß auf unsern Führer Adolf Hitler, der das neue Deutschland im Ringen der Nationen wieder aufwärts führt, und dem die Bewältigung der großen kulturellen Aufgaben letzten Endes zu danken ist. Noch lange blieben die Erschienenen befehlen, nur die Meister zogen sich zurück, um für die schweren Partien neue Kräfte zu sammeln. Mittwoch abend 17 Uhr begann im bestbekanntesten Hotel Ruf die 9. Partie des Weltkampfes, am Freitag um die gleiche Zeit wird die 10. gespielt werden.

Selbst mit am Luftschuß!

Die ungeheure Aufrüstung aller Nachbarn Deutschlands ist ganz besonders erkennbar an den gewaltigen Beständen an Kriegsluftzeugen. Tausende von Bombenflugzeugen stehen rings um Deutschland jederzeit einsatzbereit, während das deutsche Volk in der Luft völlig wehrlos ist. Der Versailles Vertrag diktiert uns nicht nur die Abschaffung unserer Luftstreitkräfte, sondern er nahm uns auch das Recht der Abwehr von der Erde aus. Dabei sind wir durch die Luftwaffe stärker bedroht als irgend ein anderes Land. Unsere wichtigsten Industrien liegen im nahen Wirkungsbereich fremder Fliegerkampfstärken. Jede deutsche Stadt ist durch Bombenflieger in kürzester Zeit erreichbar. Dem ganzen Volke, also auch Frauen und Kindern, Betagten und Kranken, droht im Falle eines kriegerischen Konfliktes tödliche Gefahr aus der Luft. Erst im Jahre 1926 wurde uns das Recht zum passiven Luftschutz zugesprochen, nachdem sämtliche Nachbarvölker trotz ihrer kriegerischen Luftwaffen bereits einen gut organisierten zivilen Luftschutz eingerichtet hatten. Der nationalen Revolution blieb es vorbehalten, für den deutschen Luftschutz endlich den bisher verperrten Weg frei zu machen. Unter Führung des Reichsluftfahrtministers wurde der Reichsluftschutzbund gegründet zum Zweck der Schaffung einer Organisation des Selbstschutzes der Nation. Der Reichsluftschutzbund, ein Teil des deutschen Landvolkes ist rasch zu einer Volksbewegung geworden. In allen Gebenden unseres Vaterlandes stehen Tausende von Volksgenossen im Dienst der Aufklärung und der Werbung für den Luftschutzbund. Auch in der Landeshauptstadt Karlsruhe sind in den letzten Monaten die Vorbereitungen zur Durchführung des Selbstschutzes der Bevölkerung getroffen worden. In zwei öffentlichen Kundgebungen und in einer Reihe von Schulungslehrgängen wurde

ein Teil der Einwohnerschaft über die Notwendigkeit und die Zweckmäßigkeit des Selbstschutzes aufgeklärt bzw. praktisch geschult. Nun begannen am Montag, den 23. April 1934, die Kauftragten der Ortsgruppe Karlsruhe damit, aus jeder Familie mindestens ein Mitglied zum Beitritt in den Reichsluftschutzbund zu gewinnen. Die Arbeit der Werber geschieht im Interesse des Allgemeinwohls, zum Schutze der Heimat; es wird deshalb erwartet, daß die Arbeit der Werber überall anerkannt und durch raschen Entschluß zum Beitritt in den Reichsluftschutzbund erleichtert wird. Der ernste Wille der Bevölkerung zum Selbstschutz kann nur dadurch deutlich unter Beweis gestellt werden, daß das Ziel der Werbearbeit erreicht wird: Jede Karlsruher Familie Mitglied im Reichsluftschutzbund. Danach können die bringenden erforderlichen Maßnahmen zum Schutze von Heim und Haus, Weib und Kind ergriffen werden. Luftschutz ist Selbstschutz! Luftschutz ist nationale Pflicht! Luftschutz ist das Gebot der Stunde! Polizeipräsident Karlsruhe: S. V. gez. Dr. Klumpner, Reg.-Rat. Der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Karlsruhe: gez. Jäger. Führer der Ortsgruppe Karlsruhe des Reichsluftschutzbundes: gez. Glümann, Major a. D. Kreisleiter der NSDAP: gez. Worch. Führer der SA-Brigade 53 Baden-Nord: gez. i. V. Berner. Führer des SS-Abchnitts 14: gez. Diehm, Brigadeführer.

Der Haushaltsplan der Stadt Karlsruhe.

Der Fehlbetrag von 418000 Mark wird durch Inanspruchnahme des Reservefonds auf 225700 Mark herabgesetzt / Ein neuer Plan für die Altersversorgung der Beamten.

Da durch die Aufhebung des Bürgerausschusses der städtische Vorschlag nicht mehr wie früher einem größeren Gremium der Bürger zur Beratung und Kritik vorgelegt wird, hatte Oberbürgermeister Jäger am Mittwochabend im Bürgeraal einem größeren Kreis Eingeladener Gelegenheit gegeben, über die Gestaltung des Haushaltsplanes Einzelheiten zu hören. Der Herr Oberbürgermeister machte kein Hehl daraus, daß es nicht leicht gewesen sei, einen Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben zu schaffen. Das sei nur dadurch gelungen, daß man einen Teil des Erneuerungsfonds für den Ausgleich beigegeben habe, eine Maßnahme, die nicht erfreulich, aber auch nicht bedenklich sei, da die dem Erneuerungsfond entnommene Summe der Wirtschaft wieder zugeführt werde.

Von den weiteren Ausführungen des Oberbürgermeisters fanden besondere Beachtung die Anregung über eine Reorganisation des Ruhegehalts der Beamten durch Anlegung von Sparbüchern.

Sehr eingehend beschäftigte sich der Redner mit den verschiedenen Werken der Stadt, wobei er sehr energisch darauf hinwies,

daß die Stadt bereit sei, Regiebetriebe nach Möglichkeit abzubauen, es aber unter keinen Umständen dulden könne, die großen werdenden Werte in die Hände der Privatwirtschaft zu geben, um so weniger als die Stadt selbst der größte Abnehmer für Gas, Wasser und Elektrizität sei. Im Gegensatz zu den werdenden Werten, die Ueberschüsse erbringen, siehe die Kleinbahn, deren Zuschußbedarf mit 113 810 den Etat der Stadt so belastet, daß der Stadtrat bei der Aufsichtsbehörde den Antrag auf Stilllegung der Kleinbahn gestellt habe, nachdem die anliegenden Gemeinden und die in Betracht kommenden Industrieunternehmen kein Interesse an der Erhaltung der Bahn gezeigt haben.

Namens der Versammelten dankte Stadtrat Worch dem Oberbürgermeister für seine Ausführungen, die ein lebendiges Bild gegeben habe von der erspriesslichen Arbeit der nationalsozialistischen Stadtverwaltung. Mit diesem Dank verband der Redner auch den Dank an den Herrn Oberbürgermeister für die der Stadt geleistete Arbeit. Mit einem von Stadtrat Worch ausgebrachten dreifachen Siegesheil auf die Stadtverwaltung wurde die Versammlung geschlossen.

Die Ausführungen des Oberbürgermeisters.

Ein Jahr nationalsozialistischer Regierung in Reich, Land und Gemeinde liegt hinter uns; es ist daher notwendig, an dieser Stelle einen Rückblick zu werfen auf das wirtschaftliche und kulturelle Geschehen im Jahre des Umbruchs auf die Vorgänge, die sich abrollten in der Betätigung der Gemeinde. Als Gradmesser für die Führung, das Leben und Gestalten einer Gemeinde gilt von jeher der aufgestellte Haushaltsplan.

Von vornherein sei darauf hingewiesen, daß der Haushaltsplan keine Steuererhöhung, keine Erhöhung der sogenannten Tiefbauanteile bringt, daß er aber belastet ist mit der Abdeckung eines Wirtschaftsbetrages von 418 000 RM. aus dem Jahre 1932.

Also aus der Zeit, in dem noch keine Katastrophopolitiker den maßgeblichen Einfluß hatten. Es ist gelungen, diesen Fehlbetrag auf etwa die Hälfte zu mindern, so daß der Haushaltsplan noch mit 225 700 RM. Fehlbetrag abschließt. Die Maßnahmen unserer Regierung in der Arbeitsbeschaffung begründen die Hoffnung, daß der tatsächliche Verlauf des Wirtschaftsjahres auch diesen Restbetrag noch abdecken wird, und zwar ohne Kürzung irgendwelcher Aufwendungen, die sich mit einer gesunden Wirtschaftsführung nicht vereinbaren lassen. Wie gesund innerlich der Haushaltsplan ist, geht schon daraus hervor, daß an Schulden getilgt werden sollen: 1 341 470 RM. gegenüber 1 147 710 RM. im Jahre 1933 und 940 780 RM. im Jahre 1932, also gegenüber 1932 mehr 400 000 RM.; gemessen am Gesamtschuldenstand am 1. April 1934 mit 58 345 000 RM. beträgt die Tilgung 23 v. H. Nach dem Haushaltsplan 1933 war der Stand der Schulden am 1. April 1933: 58 830 000 RM., davon sind getilgt: 2 163 000 RM. weiter hat sich die interne Schuld an die Fondstafel vermindert um 475 000 RM. 2 638 000 RM.

Seit 1. April 1933 sind neu aufgenommen 2 103 000 RM. Der Schuldenstand am 1. April 1934 mit 58 345 000 RM. hat sich also gegen das Vorjahr verringert um 535 000 RM. Die Neuzugänge an Schulden mit 2 103 000 RM. sind Anleihenmittel, die bei der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten für Zwecke der Arbeitsbeschaffung aufgenommen wurden, der hieraus erwachsende Zinsendienst erfordert 84 635 RM. Der Gesamtschuldenstand von 1 994 790 RM. ist gegenüber dem Vorjahre um 292 280 RM. geringer, und nur zum Teil, nämlich um 113 287 RM. auf Einparungen an Zinsen für 5 156 000 RM. kurzfristige Anleihen infolge der Umschuldung zurückzuführen, die weiteren Ersparnisse ermöglichten sich aus der Tilgung hochverzinslicher Anleihen und aus Zinsherabsetzungen bei den der Umschuldung nicht unterworfenen mittelfristigen und langfristigen Anleihen.

Wie im Vorjahre mußten zur Ermöglichung eines teiltweilen Ausgleichs des Haushaltsplans Zuführungen zum Erneuerungsfonds, die den Werken und Verwaltungen neben der Tilgung der auf sie verwendeten Anleihenmittel auferlegt sind, wieder in die Wirtschaft rückgeführt werden mit der Bestimmung, daß bei günstigerem Ablauf des Haushaltsjahres 1934 die nicht in Anspruch genommenen Beträge nachträglich für den Fonds wieder bereitzustellen sind. Wenn diese Verwendung von Vermögensmitteln zu Wirtschaftszwecken auch durchaus unerwünscht ist, kann sie vorübergehend doch vertretbar werden in Ansehung der Tatsache, daß die Tilgung der städtischen Schulden etwa 30 Jahre beansprucht; nach dieser Zeit sind für diese Anleihen getätigten Investitionen restlos abgetragen, während die Lebensdauer der aus Anleihen finanzierten Anlagen eine überwiegend längere ist. Die Folge dieser raschen Tilgung ist das starke Ansteigen der städtischen Vermögens, über dessen gesamtwirtschaftliche Bedeutung die Meinungen sehr wohl geteilt sein können.

Die Zahl der Beamten der Stadtverwaltung hat sich von 1426 auf 1421 vermindert, die der Angestellten von 261 auf 300 erhöht;

der Aufwand für die Gesamtbezüge der Beamten und Angestellten ist dagegen von 5 390 920 RM. auf 5 218 470 RM. vermindert. Die Zahl der Arbeiter hat sich von 1608 auf 1625 ebenfalls erhöht und der Aufwand um 5660 RM. vermindert. Die Jahresbelastung für Versorgungsleistungen der auf Grund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums entlassenen und zurubegleiteten Bürgermeister und Beamten beträgt im Haushalt 1934: 133 130 RM., denen Einparungen gegenüberstehen durch Nichtwiederbeschaffung der freigewordenen Beamtenstellen oder durch niedrigere Besoldung des Dienstaufstiegers oder durch Verminderung oder Wegfalls von Ruheverpflichtungen in Gesamthöhe von 129 990 RM., so daß nur eine Restbelastung von 3140 RM. verbleibt. Die Belastung für Arbeiter und Angestellte beläuft sich auf 21 360 RM., denen Ersparnisse infolge Nichtwiederbeschaffung der Stelle u. a. mit 11 470 RM. gegenüberstehen, und somit ein Restbetrag von 9890 RM. verbleibt.

Der Gesamtaufwand der Stadt für Ruhe- und Hinterbliebenenversorgung und für Beihilfen ist allerdings von 1 253 000 RM. auf 1 474 000 RM. gestiegen.

Das ständige Anwachsen dieser Versorgungsgebühren wird für die öffentlichen Körperschaften nachgerade eine drückende Sorge. Der Anteil dieser Gebühren (Beamte und Arbeiter) betrug im Jahre 1928 noch 9,63 v. H., stieg an im Jahre 1929 auf 9,79, im Jahre 1930 auf 10,09, im Jahre 1931 auf 11,20, im Jahre 1932 auf 13,83, im Jahre 1933 auf 14,21 v. H., um im Haushaltsjahre 1934 17,06 v. H. zu erreichen, und es ist zu befürchten, daß diese Steigerung infolge des ungünstigen Altersaufbaus der Beamtenschaft noch weiter anhält. Ein, auch in der Öffentlichkeit besprochener Vorschlag der Sicherstellung der Versorgung der Beamten und Hinterbliebenen auf einem anderen Wege, und zwar auf dem Wege, der der natürlichen ist und den jeder Volksgenosse geht, der nicht im öffentlichen Dienste steht, scheint der zu sein, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich in die Aufbringung des Versorgungsaufwandes teilen, wie es früher bei den Beamten auch der Fall war und wie es heute noch zutrifft bei den für die Angestellten und Arbeiter errichteten Sozialversicherungen. Wie oben erwähnt, beträgt der Anteil der von der Gemeinde einseitig zu tragenden Versorgung 17,06 Proz. des Gehaltes und

Lohnes. Setzt man demgegenüber — vorläufig nur errechnet für einen Beamten — eine Eigenversorgung der Versorgungsberechtigten durch Gehaltsabzug — nach versicherungstechnischen Grundsätzen ermittelt — in Höhe von 6,56 Proz. der Bezüge und die Uebernahme weiterer 6,56 Proz. der Bezüge ihrer Beamten durch die Gemeinde, so ergibt sich ein jährlicher Betrag von 13,12 Proz. der auf den Namen des Versorgungsberechtigten in monatlichen Raten auf Sparbuch angelegt wird. Die einbezählten und durch Zins und Zinseszins anwachsenden Beträge bleiben dem Zugriff des Versorgungsberechtigten entzogen, sie bleiben Eigentum der Gemeinde bis zu dem Augenblick, in dem die Versorgungspflicht eintritt, d. i. bei Zurücklegung oder bei Todesfall. Die Berechnung hat ergeben, daß damit für einen Beamten der mittleren Laufbahn im Laufe von 38 Jahren sich ein Kapital anammelt von 51 287 RM., über das bei Eintritt der Versorgungspflicht der Beamte oder seine Hinterbliebenen verfügen können und das ausreicht für eine mäßige Versorgung; tatsächlich würde der Beamte oder seine Hinterbliebenen bemüht sein, durch Sparmittel mit den Zinsen und nur einem kleinen Teil des Kapitals auszukommen, um den Rest des Kapitals zu retten für die Gründung einer Existenz der Kinder. Diese Versorgung scheint mir eine bessere zu sein, als die bisherige, denn es wird dann nicht mehr in dem Umfange der Fall eintreten, daß der kurz nach Zurücklegung sterbende Beamte seinen nicht mehr versorgungsberechtigten Kindern nichts hinterläßt.

Für kulturelle Zwecke — Kunst und Wissenschaft — steigerte sich der Zuschuß gegen das Vorjahr um 80 150 RM.

Das ist ungefähr der Betrag, um den der städtische Zuschuß für das Staatstheater gegen das Vorjahr erhöht hat; es wäre erfreulicher gewesen, diese oder eine ähnliche Steigerung der Aufwendungen für die bildende Kunst, für die Bildhauer und Maler, ausgeben zu können; jedenfalls soll verübt werden, nach Ablauf des auf 1. April 1935 erstmals ländbar gewordenen und geltend gemachten Vertrags mit dem Staatstheater, ein für die Stadt besseres Verhältnis der Beteiligung an den Lasten des Staatstheaters zu erreichen. Die Zuschüsse für andere kulturelle Zwecke, Volks-, Mittel- und Fachschulen konnten um ein Geringes gesenkt werden, hauptsächlich durch Kürzung der Ausgaben im Volksschulhaushalt für Lernmittel bedürftiger Schüler von 50 000 RM. im Vorjahre auf 20 000 RM. im Jahre 1934; es sollen nämlich nur noch solche Kinder freie Lernmittel erhalten, deren Eltern laufend Fürsorge- oder Arbeitslosenunterstützung beziehen. Der Zweck dieser Maßnahmen ist der, den Eltern die Verantwortung für eine pflegliche Behandlung der Lernmittel teils ihrer Kinder wieder zu übertragen und der verantwortungslos nichtsnutzigen Mißachtung fremden Eigentums zu steuern. Die Maßnahme trägt ausschließlich erzieherischen Wert sowohl den Eltern als auch den Schülern gegenüber. Parteien, namentlich bei kinderreichen Familien, sollen weitgehend gemildert werden. Bei den Mittelschulen, die Schulgelde erheben, sollen die Befreiungen oder Ermäßigungen von 68 250 RM. im Vorjahre auf 40 000 RM. im Jahre 1934 herabgesetzt werden. Der verbliebene Betrag von 40 000 RM. gestattet aber immer noch die gänzliche Freistellung von 200 talentierten armen Schülern vom gesamten, oder von 400 Schülern vom halben Schulgelde.

Die in Abschnitt VII des Haushaltsplanes zusammengefaßten öffentlichen Anstalten und Gemeindepflichten für die Stadtverwaltung ergeben Einnahmen mit 2 167 510 RM., Ausgaben mit 2 887 950 RM. und

einen Zuschuß von reell 719 340 RM., der für die Pflege der Straßen, der Anlagen, des Stadtgartens, der Feuerlösch-einrichtungen anzuwenden ist.

Die genannten Betriebe und Verwaltungen sollen unter der Last der Zeit nicht noch mehr leiden, als sie es bisher mußten, Karlsruhe soll und muß auch in Zukunft seinen guten Ruf als schöne und laubere Stadt behalten.

Die selbständigen Betriebe und Unternehmungen der Stadt schließen ab mit 15 419 050 RM. Einnahmen, 15 321 380 RM. Ausgaben und einem Nettoüberschuß von 97 670 RM.

Die Ueberschüsse des Wasser- und Elektrizitätswertes mit zusammen 1 245 330 RM. werden bis auf den schon erwähnten Betrag von 97 670 RM. aufgezehrt durch Zuschüsse für das Gaswerk mit 184 470 RM., die Straßen- und Kleinbahn mit 885 570 RM., den Rheinhafen mit 75 270 RM. und die Märkte und Messen mit 2350 RM., zusammen 1 147 660 RM. Grundständig ist zu sagen, daß die Stadtverwaltung weiter befreit ist die sogenannten Regie- und Eigenbetriebe in Privathand überzuführen, soweit die letztere zur Führung dieser Betriebe besser geeignet ist als die öffentliche Hand, daß aber die sogenannten Versorgungsbetriebe, die durch die Art ihrer Anlagen Monopolbetriebe sind, niemals dem maßgebenden Einfluß der auf dieselben zwangsmäßig angewiesenen Einwohnerschaft entzogen werden dürfen.

Es ist eine Selbstverständlichkeit für die Stadtverwaltung, daß sie versucht, Ueberschüsse aus ihren Werken herauszuholen. Sie braucht die Ueberschüsse, um ihren sozialpolitischen und kulturellen Aufgaben gerecht werden und auch um lebenswichtige Zukunftsbetriebe aufrecht erhalten zu können. Wären die Ueberschüsse in Höhe von 1 245 330 RM. nicht vorhanden, müßte dieser Betrag durch Steuern auf Grund- und Betriebsvermögen und auf Gewerbesteuer aufgebracht werden.

Die Entwicklung der Werte ist eine aufsteigende, die Einnahmen konnten daher erhöht werden. Insbesondere kann mit einer Steigerung der Stromabgabe um 2,65 Mill. RM. auf 86,5 Mill. RM., gegenüber dem Vorjahre mit 33,6 Mill. RM., also um etwa 8 v. H. gerechnet werden, während die Abgabe von Gas nur unerheblich zunehmen wird.

Die städtische Straßenbahn, die ein Sorgenkind der Stadtverwaltung geworden ist, scheint den Tiefstand überwunden zu haben;

seit einem Vierteljahr steigt deren Benützung ständig, der Monat März brachte eine Gesamteinnahme (aus Barfahrtscheinen und Heften) von 214 606 RM., gegenüber 197 467 RM. im März des Vorjahres. Die Gesamteinnahme des Jahres 1933 betrug 2 787 000

RM. gegen 2 841 000 RM. des Jahres 1932, zurückzuführen auf die in den ersten neun Monaten des Rechnungsjahres 1933 außerordentlich niedrigen Erträge. Dagegen finden die Einnahmen der Kleinbahn anhaltend, den Einnahmen von 100 080 RM. stehen Ausgaben in Höhe von 213 890 RM. gegenüber, der Zuschußbedarf ist mit 113 810 RM. angenommen. Der Wert der Bahn ist mit 1 145 577 RM. vorgetragen, der Zuschuß beträgt also rund 10 v. H. des Wertes der Bahn. Diese Tatsachen haben den Stadtrat veranlaßt, die Stilllegung der Kleinbahn in Ermäßigung zu ziehen, nachdem die anliegenden Gemeinden und die in Betracht kommenden Industrieunternehmen sich an der Erhaltung der Bahn als desinteressiert erklärt hatten.

Der Rheinhafen ist in ständiger Aufwärtsentwicklung, die neuesten Ziffern des Monats März weisen wieder einen Rekordstand des Umschlagverkehrs auf.

Die Lösung der immer drängender werdenden Frage der Schaffung einer zweiten Bahnstrecke zum Hafen ist in Vorbereitung, der Bau des Debedens ist in Angriff genommen, die Vollendung desselben sowie die Vollendung der Verbreiterung des Stichkanals werden dem Betriebe eine fühlbare Erleichterung verschaffen.

Auch die Markthalle am alten Bahnhof ist in kurzer Zeit fertiggestellt, die Anmeldungen des Groß- und Kleinhandels für Mietplätze sind derzeit zahlreich, daß die Halle voll besetzt sein wird. Die Plätze der Händler sind so beweglich gestaltet, daß die bezugsbare Halle ohne große Schwierigkeiten auch zu Messen und Ausstellungen benützt werden kann, sie wird dann Raum für etwa 8000 Sitzplätze oder 12 000 Stehplätze enthalten.

Die feinerzeit mit großen Kosten errichtete Vogelwarte büßte von Jahr zu Jahr an Bedeutung ein, der Stadtrat hat die Aufhebung derselben beschlossen, das Gebäude zu anderweiter Benützung freigegeben und die vorhandenen Vogelbänke in den Stadtpark überführt, wo sie auch weiterhin für den Anschauungsunterricht Verwendung finden können.

Ein untrügliches Merkmal für den Verlauf des Wirtschaftsjahres sind von jeher die Einnahmen der Steuern; als Ertrag der Anteile an der Reichseinkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer konnten im Haushaltsjahre rund 100 000 RM. mehr als im Vorjahre, mithin 1 880 000 RM. eingestellt werden. Der Ertrag der gemeindlichen Grund- und Gewerbesteuer ist gegen das Vorjahr gleichgeblieben. Der aus der Ueberschuss-„Steuern“ der Stadthauptkasse zuzuführende Ueberschuß hat sich von 8 780 550 RM. auf 9 133 880 RM. erhöht.

Der weitaus wichtigste Posten des Haushaltsplanes ist derjenige des gesamten Wohlfahrtswesens, der bei einer Bruttoausgabe von 14,5 Millionen Reichsmark mit einem Zuschuß von 7 134 440 RM. gegen 7 388 400 RM. also besser um 223 960 RM. abschließt.

Servorragend beteiligt an dieser Besserung sind die Einzelhaushalte des Fürsorge- und Jugendamtes, die beide eine Verringerung des Zuschußbedarfes von zusammen 306 490 RM. bringen. Diese Tatsache ist wohl die erfreulichste des ganzen Haushaltsplanes, zeigt sie doch, daß es auch hier aufwärts geht, daß allmählich eine Besserung der Arbeitsverhältnisse eintritt, die eine andauernde Senkung der unproduktiven Wohlfahrtsausgaben erhoffen läßt. Die Hoffnung ist begründet, da allein im Monat März 1934 die Zahl der Unterhaltungsfälle sich vermindert hat:

a) in der Allgemeinen Fürsorge	um 634 Fälle
b) in der Gehobenen Fürsorge	um 124 Fälle
c) in der Jugendfürsorge	um 27 Fälle

785 Fälle		
Die Zahl der beim Fürsorgeamt in laufender Unterhaltung lebenden Parteien betrug:		
a) in der Allgemeinen Fürsorge	am 31. 3. 33	am 31. 3. 34
b) in der Gehobenen Fürsorge	4 456 Fälle	7 083 Fälle
c) in der Jugendfürsorge	4 087 Fälle	3 580 Fälle
	1 724 Fälle	1 525 Fälle

14 267 Fälle 12 188 Fälle
Die Gesamtzahl der Unterhaltungsfälle hat sich im abgelaufenen Rechnungsjahr um 2079 Parteien — 14,5 v. H. — gemindert.

Auf Ende März 1934 waren beschäftigt: 429 Arbeitskräfte, bei Fürsorgearbeiten 130 Arbeitskräfte, bei Pflichtarbeiten 664 Arbeitskräfte.

Im Einzelhaushalt über die Förderung des Wohnungsbaues

sind vorgezogen: Zur Stützung des Neuwahnsbetrages 112 750 RM. und für Gewährung von Zuschüssen zur Förderung des Kleinwohnungsbaues und für die Mikrostädterei 288 000 RM. In der Erkenntnis, daß die Senkung des Aufwandes für Wohlfahrtszwecke nur durch Beseitigung der Ursachen desselben, der Arbeitslosigkeit, erreicht werden kann, hat die Stadtverwaltung ein umfassendes Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgestellt, aus dem im Haushaltsjahre 1934 an größeren Arbeiten weiter oder zu Ende geführt oder begonnen werden:

Der Bau einer ersten Rheinbrücke bei Marau, die Erweiterung des Flughafens, die Verbreiterung des Stichkanals zum und der Bau eines Debedens am Rheinhafen. Die Wiederbelebung der freien Bauwirtschaft wird weiter gefördert werden durch Senkung der Straßen- und Kanalgebühren, Abgabe billiger Baugrundstücke, Gewährung verlorener Bauzuschüsse, Uebernahme der Bürgerschaft für Bauhypotheken und Bewilligung von Baudarlehen.

Es werden Verhandlungen geführt über die Bebauung des Ettlinger-Tor-Platzes und über die Errichtung eines Sanatoriums von Kleinwohnungen am alten Bahnhof.

Als Vorbereitung und Voraussetzung für eine umfangreiche Arbeitsbeschaffung ist die Erstellung weiterer Stadtrand- und Stadtmittelsiedlungen in die Wege geleitet. Die Instandsetzung privater Wohngebäude mit einem Gesamtaufwand von einigen Millionen Reichsmark und der in Aussicht stehende Beginn von Arbeiten für die Reichsautobahnen werden dem Gewerbe weiteren Auftrieb geben und damit zur Entlastung des Wohlfahrtsauschlages beitragen.

Soweit das private Baugewerbe und das sonstige mittelständische Handwerk auf eigene Rechnung keine Betriebe in Gang zu setzen in der Lage ist, bedarf es vor allem billigen Kapitals, das wohl in genügender Höhe vorhanden wäre, wenn es nicht durch die verkehrsbeengenden Liquiditätsvorschriften für die Sparkassen zu anderweiter Anlage gezwungen würde. Nach den Mitteln des badischen Giro- und Sparkassenverbandes erreichen die so dem Kapitalmarkt zur langfristigen Anlage entzogenen Gelder der badischen Sparkassen von 65 Millionen Reichsmark.

Mit der begründeten Hoffnung, daß durch die Maßnahmen der Reichsregierung, des Landes, der Gemeinden und nicht zuletzt der nun einsetzenden Privatinitiative es gelingen wird, unserem fleißigen, harterbaitenden Volk wieder das Vertrauen und den Glauben an seine eigene Kraft zum Wiederaufstieg aus dunkler Zeit geben wird, legt die nationalsozialistische Stadtverwaltung das Verprechen ab: Sparsamkeitsverwaltung des betrauten Gutes, Erhaltung jeglicher Maßlosigkeit der Betätigung eines gesunden Fortschritts und einer Geschäftsführung, wie sie das Bestem zum dritten Reich erfordert, treten den Grundregeln: Des Volkes Wohl ist oberstes Gesetz, Gemeinnutz geht vor Eigennutz!

